

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

August 2007



## Eine Rettungsmedaille für die Staatsbank?

Ist es nicht gut, dass wir mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eine Staatsbank haben? So hat mancher Kommentator gefragt, der die Rettungsaktion der KfW zugunsten der Düsseldorfer Mittelstandsbank

IKB mit den Prinzipien der Marktwirtschaft zu versöhnen versuchte. Das Argument ist in solchen und ähnlichen Fällen immer das gleiche: Hätte der Staat die in Not geratene Bank fallen gelassen, dann würde der ganze Kapitalmarkt erschüttert und die Folgen würden sich wellenartig auf die deutsche Bankenlandschaft, vielleicht sogar auf Teile des Weltkapitalmarktes übertragen. Kommentare dieser Art enden dann typischerweise mit der donnernd intonierten Feststellung: „Bei aller Liebe zur Marktwirtschaft, eine solche Prinzipienreiterei übersähe denn doch die Folgen, die sie anrichtet.“

Da wird man zurückfragen dürfen: „Was richten denn solche Interventionen an?“ Ist die Schiefelage der IKB nicht unter den Augen des Großaktionärs KfW entstanden? Die Staatsbank tritt doch als Retterin aus der Not eines Geschäftsgebarens – nämlich der Übernahme von Immobilienkrediten zweifelhafter Bonität – auf, das unter ihren Augen praktiziert wurde. Warum ist der Großaktionär KfW nicht frühzeitig eingeschritten? Gibt es dort niemanden, der etwas vom amerikanischen Immobilienmarkt versteht? Oder sieht man in einer Staatsbank „die Dinge“ gelassener, weil hinter jedem Risiko das Augenzwinkern des mit Steuermitteln haftenden Bundesfinanzministers aufscheint?

„Staatsbank stabilisiert den Kapitalmarkt“. Man kann diese Überschrift auch anders schreiben. Etwa so: „Kapiolen am Hypothekenmarkt vor dem Hintergrund der Staatshaftung“. Denn das ist ja doch das eigentlich Gefährliche am Auftauchen des wirtschaftlichen Mitspielers „Staat“: Es verändert die Verhaltensweisen der Privaten, es macht den Umgang mit dem Risiko leichter, es untergräbt einen wichtigen Teil der Moral des Marktes. Wir brauchen keine Staatsbank.

*Hans D. Barbier*

## Mehr Staat

Die Wähler der im Bundestag vertretenen Parteien wünschen sich einer Emnid-Umfrage zufolge, dass der Staat seine Interventionen ausbaut. 72 Prozent aller Befragten finden beispielsweise, die Regierung setze sich zu wenig für „soziale Gerechtigkeit“ ein. Mehr als 90 Prozent der Wähler von Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke bemängeln zu wenig Einsatz der Regierung bei diesem Thema; 72 Prozent der FDP-Wähler sehen das ebenso.

Überraschendes auch zur Frage, ob Bahn, Telekom oder Energieversorgung in private oder staatliche Hand gehören: Lediglich bei den Wählern von Bündnis 90/Die Grünen waren weniger als die Hälfte der Befragten – 48 Prozent – dafür, dass diese Unternehmen in Staatsbesitz sein sollten.

Drei Viertel aller Befragten sprechen sich dafür aus, dass der Staat für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren mehr tun muss. Spitzenreiter sind in dieser Frage die FDP-Wähler: 82 Prozent plädieren für mehr staatliches Engagement.

[www.zeit.de/](http://www.zeit.de/)

## Weizenpreise

Der „Internationale Getreiderat“ (International Grains Council, IGC) schätzt die weltweite Weizenproduktion für die Erntesaison 2007/2008 auf 614 Millionen Tonnen. Damit wäre der voraussichtliche Verbrauch von 619 Millionen

Tonnen nicht gedeckt. Auch in diesem Jahr müsste dann erneut auf Vorräte zurückgegriffen werden. In Europa sind die Weizenvorräte von 14 Millionen Tonnen zu Beginn der Erntesaison 2006/2007 auf inzwischen 2,5 Millionen Tonnen gesunken. An den deutschen Warenbörsen wurde Weizen im Juli 2007 mit Preisen von 185 bis 210 € pro Tonne gehandelt; 2006 mussten nur 110 € pro Tonne gezahlt werden.

Neben historisch tiefen Lagerbeständen verursachen auch andere Faktoren den Preisanstieg. Der weltweit zunehmende Wohlstand verändert die Essgewohnheiten: Mehr Tiere werden mit Getreide gefüttert, um den steigenden Fleischkonsum zu decken. Gleichzeitig sorgt die Produktion von Biosprit und Biomasse für Flächenkonkurrenz auf den Äckern.

[www.igc.org.uk/](http://www.igc.org.uk/)

## Managergehälter

Werden Führungskräfte in deutschen Unternehmen auf ihre hohen Gehälter hingewiesen, entgegnen sie oft, dass ihre Vergütungen im internationalen Vergleich doch relativ niedrig seien. Dem widersprechen aktuelle Daten. Sie belegen, dass deutsche Führungskräfte der mittleren und oberen Unternehmensebene – unter Berücksichtigung von Steuersätzen und Lebenshaltungskosten – mehr verdienen als

Manager in den USA: Beim Vergleich von Managervergütungen in 47 Ländern landet Deutschland auf Rang 19, die USA kommt auf Platz 24.

Die höchsten Einkommen haben die Manager in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. In aufstrebenden Schwellenländern wie der Türkei, Mexiko oder Russland liegen die Einkommen ebenfalls deutlich höher als in den Industrieländern. Ursache dafür ist die Globalisierung: Die weltweite Nachfrage nach erfahrenen Unternehmenslenkern und der Gehaltsaufschlag für die wenig geliebte Arbeit in einem Schwellen- oder Entwicklungsland führen zu entsprechend hohen Vergütungen.

[www.haygroup.com/de](http://www.haygroup.com/de)

### Managergehälter

Durchschnittlich verfügbare Managergehälter in US-Dollar

Saudi Arabien	229 325
Ver. Arab. Emirate	223 939
Hongkong	203 947
Russland	157 348
Türkei	154 762
Mexiko	152 283
Polen	128 537
Schweiz	127 732
China	126 281
Malaysia	126 026
Brasilien	123 766
Deutschland	122 427
Österreich	112 906
USA	104 905
Japan	102 604
Vereinigtes Königreich	86 367
Kanada	81 613
Estland	80 908
Schweden	75 581
Finnland	74 038
Indonesien	71 839

Quelle: HayGroup

## Krippenspiele

Die Bundesregierung will dafür sorgen, dass in den kommenden sechs Jahren deutlich mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren entstehen. Die Finanzierung ist noch unklar.

Bundesregierung, Bundesländer und Gemeinden haben Anfang April 2007 beschlossen, für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2013 einen Tagesmutter- oder Krippenplatz einzurichten. Für den Ausbau - 750 000 statt der bislang geplanten 250 000 Betreuungsplätze - werden zwei Gründe angeführt: Zum einen strebt die Politik eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie an. Zum anderen sollen die Kleinkinder im Rahmen frühkindlicher Bildung an das Lernen herangeführt werden.

Bei der Betreuungsquote von 35 Prozent berücksichtigt die Bundesregierung, was die europäischen Staats- und Regierungschefs bereits 2002 vereinbart haben: In den Mitgliedstaaten sollen bis zum Jahr 2010 Betreuungsangebote für mindestens ein Drittel der unter Dreijährigen bereit stehen. Darüber hinaus orientiert sich die Bundesregierung an europäischen Staaten, in denen - vermeintlich dank hoher Betreuungsquote - mehr Kinder geboren und deutlich bessere Ergebnisse in den Schulen - Stichwort PISA - erzielt werden. Schließlich meldeten im Rahmen einer vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Studie - Deutsches Jugendinstitut: „Wer betreut Deutschlands Kinder?“ - 37,5 Prozent der Eltern Betreuungsbedarf an.

Die Gesamtkosten für die beschlossene Förderung betragen Berechnungen des Bundesfamilienministeriums zufolge zwölf Milliarden €. Die Kinderbetreuung wird von Ländern und Gemeinden finanziert und organisiert. Den meisten Länderfinanzministern und Stadtkämmerern fehlt allerdings bereits jetzt das Geld zur Erfüllung ihrer zahlreichen Aufgaben. Die Bundesregierung will deshalb bis zum Jahr 2013 vier Milliarden € bereit stellen, die zum Auf- und Ausbau der notwendigen Einrichtungen benötigt werden. Dabei wird von Seiten der Bundesfamilienministerin auch überlegt, ob das für die Betreuung vorgesehene Geld nicht in Form von Gutscheinen, die nur direkt bei Kindertagesstätten (Kita) oder Tagesmüttern einzulösen sind, ausgegeben werden sollte.

### Gutschein statt Geld?

Es liegt auf der Hand, dass der Staat jede gewährte Finanzhilfe zielgerichtet gestalten will. Ökonomen finden das Gutscheinsystem dafür besonders geeignet; es gilt als marktwirtschaftliches Instrument. Für die Kinderbetreuung würde das bedeuten, dass die Eltern einen Gutschein erhalten. Sie können die Betreuung selbst aussuchen und den Gutschein bei der von ihnen ausgewählten Betreuungseinrichtung einlösen. Diese tauscht den Gutschein wiederum bei den zuständigen Behörden - in

Deutschland sind das die Jugendämter - gegen Geld ein.

Die staatliche Unterstützung wird demnach nur gezahlt, wenn Kitas und andere Betreuer Eltern als „Kunden“ gewinnen und deren Bedürfnisse bezüglich pädagogischer Konzepte, Öffnungszeiten oder Betreuungsqualität besser erfüllen als andere. Das, so die Erwartung, erhöhe den Qualitätsdruck für bestehende Einrichtungen und steigere den Anreiz für neue Anbieter, in den „Markt“ für Kinderbetreuung einzusteigen. Weil nur die Eltern entscheiden, wo und wem sie den Gutschein geben, würden ihre Wünsche künftig sehr viel stärker berücksichtigt als in der bisher üblichen Kinderbetreuung.

### Fallbeispiel Hamburg

Soweit die Theorie. In der Praxis wird das Gutscheinsystem bislang in zwei deutschen Städten angewendet. Berlin arbeitet seit Januar 2006 mit Gutscheinen. Mehr Erfahrung hat Hamburg: Dort werden seit August 2003 Gutscheine zur Kinderbetreuung ausgegeben.

Wer in Hamburg einen Kita-Gutschein haben möchte, muss ihn beim Jugendamt beantragen. Die „erforderlichen Unterlagen“ sollen drei bis sechs Monate vor Betreuungsbeginn beim Jugendamt eingereicht werden. Das Amt prüft, ob die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt werden. Hauptkriterium ist die Berufstätigkeit von beiden Eltern oder



„Wir brauchen Betreuungsplätze für ein Drittel der unter Dreijährigen. Das Angebot wäre dann gerade einmal im europäischen Durchschnitt und entspricht dem Wunsch der Eltern.“

Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

der/dem Alleinerziehenden. Kinder von Berufstätigen haben einen Rechtsanspruch auf denutschein.

Auf dem Gutscheine wird angegeben, wie viele Stunden das Kind betreut werden soll und welche Selbstbeteiligung die Eltern leisten müssen; sie richtet sich nach dem Familieneinkommen, der Zahl der Familienmitglieder, dem Alter des Kindes, der täglichen Betreuungszeit und der Anzahl betreuter Kinder in der Familie. Alle zwölf Monate muss ein neuer Gutschein beantragt werden. Die Anspruchsvoraussetzungen werden erneut geprüft. Haben sie sich geändert, sind Kürzung der Stundenzahl oder Wegfall des Gutscheins möglich.

### Gutscheine mit und ohne Rechtsanspruch

Zusätzlich vergibt Hamburg Kita-Gutscheine auch nach anderen Kriterien, etwa für soziale Härtefälle: Wenn die Eltern belegen, dass ihr Kind in „schlimmen Verhältnissen“ aufwächst – so die Formulierung der Hamburger „Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz“ –, bekom-

men sie einen Gutschein. Auch wenn Eltern aufgrund von Krankheit ihr Kind nicht „angemessen versorgen“ können oder wenn ein Kind „erhebliche Entwicklungsverzögerungen oder Auffälligkeiten“ zeigt, besteht ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung.

Wer auf Arbeitssuche ist oder wessen Kind aus „pädagogischen Gründen“ betreut werden soll – wenn zum Beispiel eine „intensivere Förderung“ des Kindes oder das „Aufwachsen in der Gemeinschaft“ wünschenswert ist –, kann ebenso einen Gutschein erhalten. Allerdings besteht in diesen Fällen kein Rechtsanspruch auf die Betreuung.

Die Eltern sollen sich idealerweise im Internet über pädagogische Konzepte, Räume, Personal, Leitung und Lage der Kitas informieren. Auf der Website der Stadt Hamburg – [www.kitainfo-hamburg.de](http://www.kitainfo-hamburg.de) – können sie nach freien Plätzen suchen. Nachdem die Eltern die Wunsch-Kita ausgewählt haben, schließen sie mit ihr einen Betreuungsvertrag. Weitere Betreuungsleistungen können privat vereinbart – und bezahlt – werden, etwa wenn das Kind an einzelnen Tagen länger in der Kita bleiben soll oder wenn die Eltern die bewilligte Stundenzahl prinzipiell aufstocken möchten.

### Schlechte Zwischenbilanz

Drei Jahre nachdem in Hamburg die ersten Gutscheine vergeben wurden, lassen sich erste Schlussfolgerungen ziehen. Positiv scheint, dass es in Hamburg inzwischen 5 500 neue Betreuungsplätze gibt. Fast jedes vierte Kind unter drei Jahren wird betreut, das sind mehr als

in jedem anderen westdeutschen Bundesland; dort sind es im Durchschnitt nur knapp acht Prozent.

Allerdings zeigen sich auch Schwachpunkte: Bereits wenige Monate nach Einführung war das Budget der Stadt erschöpft. Die Behörde hatte die Nachfrage nach Betreuungsplätzen unterschätzt und musste die Gutscheinevergabe vorübergehend einstellen. Außerdem kürzte die Stadt den Betrag, den sie der Kita je betreutem Kind pro Stunde zahlte, die Eltern mussten zusätzlich eine Essenspauschale bezahlen. Trotzdem musste die Stadt in den Folgejahren noch mehr Geld in die Kinderbetreuung lenken. 2006 wurden in Hamburg rund 341 Millionen € dafür aufgewendet, 45 Millionen € mehr als vor der Einführung des Gutscheinsystems im Jahr 2002. Für die Jahre 2007 und 2008 sind für die Betreuung jeweils 353 Millionen € vorgesehen.

### Problematische Vergabepraxis

Zwar erhalten inzwischen Kinder sofort einen Gutschein, deren Eltern arbeiten. Das heißt aber: alle übrigen Kinder – z.B. aus sozial schwachen Familien oder Ausländerkinder – bekommen weiterhin keinen oder höchstens einen Halbtagesplatz. Auch bei veränderten Familienverhältnissen zeigen sich Schwächen: Wird ein Geschwisterkind geboren, stuft das Jugendamt das ältere Kind auf einen Halbtagesplatz zurück, im schlimmsten Fall verliert es den Betreuungsanspruch. Die Begründung der Behörde: Die Mutter sei wegen des Neugeborenen ja zu Hau-

se. Selbst wer einen Gutschein hat und alle amtlich vorgegebenen Voraussetzungen genauestens erfüllt, muss sich eventuell gedulden: Begehrte Kitas führen weiterhin Wartelisten.

In den Kitas ist zudem der Arbeitsaufwand gestiegen. Leiter und Betreuer müssen ihre Einrichtung häufiger interessierten Eltern vorstellen. Weil auf zusätzliches Personal aus Kostengründen verzichtet wird, geht das zulasten der Kinderbetreuung. Eine Untersuchung belegt, dass seit Einführung der Gutscheine lediglich die Quantität, nicht aber die Qualität der Betreuung gesteigert wurde. Wobei fragwürdig bleibt, wie Qualität festzustellen ist. In der Vorstellung von Wissenschaftlern und Politikern soll der Umgang mit Kleinst- und Kleinkindern mittels Lehr- und Bildungsplänen, Qualitätsnormen und sonstigen Vorschriften gemessen werden.

Grau ist alle Theorie – das veranschaulicht das Hamburger System. Es zeigt sich, dass die theoretisch positive Wirkung von Gutscheinsystemen stark von der konkreten Ausgestaltung abhängt. Besonders bedenklich sind beim Hamburger Modell die überbordende Bürokratie und das große Ausmaß nicht kalkulierbarer Ermessensentscheidungen. Bei der Prüfung von Anspruchsberechtigungen – und somit bei der Vergabe der öffentlichen Fördergelder – wird anhand von vagen Urteilen über die pädagogische Qualität der Kinderbetreuung und die soziale Situation der Familien entschieden.

Andreas Schirmer

Betreuungsquoten	
Kinder unter drei Jahren	
Sachsen-Anhalt	50,2 %
Brandenburg	40,6 %
Sachsen	33,5 %
neue Bundesländer	39,8 %
Hamburg	21,1 %
Rheinland-Pfalz	9,4 %
Bremen	9,2 %
Niedersachsen	5,1 %
alte Bundesländer	7,8 %
Deutschland gesamt	13,5 %
Quelle: Statistisches Bundesamt	



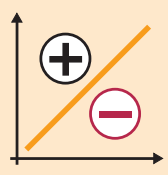
„Ein König richtet das Land auf durch Recht;  
wer aber viel Steuern erhebt, richtet es zugrunde.“

Salomo (um 965 bis 925 v.Chr.), König von Juda u. Israel

## IM KLARTEXT

August 2007

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im August 2007

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung

Vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres am 1. September meldeten die Arbeitsagenturen im Juli noch mehr als 236 000 „unversorgte“ junge Menschen. Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen lag Ende Juli bei 123 000. Das ergibt eine rein rechnerische Lehrstellenlücke von 113 000.

Die Bundesagentur für Arbeit bezeichnet die Lage als „ein klein wenig besser als in den Vorjahren“; Lehrstellenangebot und -nachfrage seien aber bei weitem noch nicht ausgeglichen. Je nach Wunschberuf und Wohnort hätten die Jugendlichen nach wie vor erhebliche Probleme bei der Lehrstellensuche.

### Lehrstellenlücke

jeweils Anfang September

2000	-
2001	-
2002	5 400
2003	20 200
2004	31 200
2005	28 300
2006	34 100

Quelle: DIHK

### Preisvergleich

Preise von Milch, Käse und Eiern  
2006, EU-Durchschnitt = 100

Norwegen	160
Italien	126
Türkei	117
Dänemark	116
Belgien	109
Österreich	98
Deutschland	87
Tschechische Republik	80
Estland	79
Polen	67

Quelle: Eurostat

### Geldwertstabilität

Der Rohstoff Milch wird auch in Deutschland knapp und teuer. Ende Juli ist deshalb vor allem der Preis für Butter drastisch gestiegen: Bei den Discountern wie Aldi, Lidl und Co. kostet ein halbes Pfund Butter gut 50 Prozent mehr als in den Vormonaten. Auch Quark ist um 40 Prozent teurer geworden. Einige Politiker reagierten prompt auf die Preiserhöhungen und klagten über die „Abzockerei“ des Handels.

Ein bedeutender Aspekt wurde verdrängt oder vergessen. Immerhin trägt die Politik massiv zum Preisanstieg bei:

Sie sorgt mit „Zwangsbeimischungsverordnungen“, dass Bauern auf pflanzliche „Energieträger“ umsatteln und deshalb weniger Anbauflächen für Futtermittel genutzt werden. EU-Milchquoten verhindern zudem, dass die Produktion schnell auf steigende Nachfrage reagieren kann. Ein – vielleicht schwacher – Trost: In Deutschland sind Molkereiprodukte nach der Preiserhöhung immer noch günstiger als in vielen europäischen Nachbarländern.

### Eigenverantwortung

Der „Bund der Steuerzahler“ (BdSt) hat Ende Juli die Schuldenuhr umgestellt: Statt um 1 056 € je Sekunde steigt die Staatsverschuldung seit dem 1. August sekundlich nur noch um 539 €. Die Belastungen der Bürger sind allerdings nicht gesunken, im Gegenteil. Die ebenfalls vom BdSt ermittelte „Einkommensbelastungsquote“ – sie setzt die Summe der Steuern und der von den privaten Haushalten und Unternehmen gezahlten Sozialbeiträge ins Verhältnis zum Volkseinkommen – beträgt für das lau-

fende Jahr 53 Prozent. Im Vorjahr lag die Belastungsquote bei 52 Prozent. Der vom BdSt ausgerufene „Steuerzahler-Gedenktag“ fand deshalb in diesem Jahr acht Tage später statt als im vergangenen Jahr. Rein rechnerisch arbeiten die Bürger seit dem Mittag des 13. Juli 2007 für das eigene Konto.

Bis zu diesem Datum floss das von den Bürgern erzielte Einkommen in Form von Steuern und Sozialabgaben in staatliche Kassen. Auch wenn der Staat das Einbehaltene in Form zahlreicher sozialer Hilfen wieder an die Bürger verteilt: Dem einzelnen verbleiben lediglich 47 Prozent seines Einkommens zur freien Verfügung.

### Belastungsquote

1960	41,5 %
1980	53,5 %
2000	56,3 %
2001	55,2 %
2002	56,0 %
2003	54,2 %
2004	53,6 %
2005	51,5 %
2006	52,0 %
2007	53,0 %

Quelle: Bund der Steuerzahler

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: CDU  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*